

Wie geht's weiter mit Europa ?

Liebe Europa-Freundinnen,
liebe Europa-Freunde,

wer hätte das gedacht. Ende des letzten Jahres noch, konnten wir nach langem Hin und Her aufatmen und den Abschluss des Lissabon-Vertrags feiern.

Und jetzt das: Die EU, seit ihrem Bestehen in ihrer größten Krise! So hört und liest man es fast jeden Tag in den Medien.

Die Europa-Kritiker bekommen leider wieder Oberwasser, besonders hier bei uns in Deutschland. Die haben es ja immer schon gewusst; wir Deutschen sind sowieso die Zahlmeister der EU und müssen das meiste für das „schlampige“ Griechenland zahlen bzw. bürgen.

Hätten wir doch wieder unsere alte Deutsche Mark! Eigentlich sollten wir diese wieder möglichst schnell einführen, und die südeuropäischen Länder könnten dann ja sehen, wie sie mit ihren Weichwährungen zurechtfinden.

Dabei übersehen sie viel zu schnell, dass gerade wir Deutschen bisher vom Euro am meisten profitiert haben.

Wie sähen wohl ohne Euro die EU-Innenumsätze unserer Exporte mit einer harten überbewerteten D-Mark aus? Ich meine sehr schlecht; denn unsere Wettbewerbsfähigkeit wäre wesentlich geringer und unsere angespannte Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage wäre entsprechend schlechter.

Im Falle Griechenlands vergessen die deutschen EU-Kritiker auch allzu sehr, dass über Jahre, und auch heute noch, unsere Rüstungsindustrie mit Waffenexporten satte Gewinne wegen eines aufgeblähten und wahnsinnigen griechischen „Verteidigungshaushalt“ verdient.

Ich will hier die derzeitige prekäre Situation in der EU nicht schönreden. Aber jetzt ist bei uns echten und überzeugten Europäern Solidarität angesagt. Oder sollen wir unsere EU wirklich nur als Wirtschaft- und Finanzgemeinschaft sehen, ohne Vision einer politischen Union?

Wir sollten gerade jetzt die Situation als eine Herausforderung für unsere angestrebte politische Union sehen! Denn, wie schon der damalige deutsche EWG-Kommissionspräsident Hallstein sagte, ist eine wirtschaftliche Integration auch ein politischer Vorgang.

Deshalb finde ich es richtig, dass sich Anfang des Monats Ministerpräsidenten und EU-Politiker, zusammen mit der EZB, für eine Generalgarantie von 750 Milliarden Euro für die wirtschaftsstrukturärmeren südeuropäischen EU-Länder ausgesprochen haben, um auch Spekulanten gegen den Euro das Handwerk zu legen.

Das heißt, die reicheren EU-Länder haben eine finanzielle „Vormundschaft“ übernommen.

Die funktioniert aber nur, wenn eine zukünftige Koordinierung der Geld- und Budgetpolitik mit entsprechend wirksamen Kontrollen gewährleistet ist. Denn ob es nun heute Griechenland ist, oder morgen Portugal und Spanien sind, es kann nicht sein, dass irgendwelche Länder mit einer desaströsen Wirtschafts- und Haushaltspolitik auf Kosten ihrer EU-Partner leben. Hier müssen schnell transparente und wirksame Kontrollmechanismen bei der zukünftigen Vergabe von EU- Förder- und Subventionsgeldern geschaffen werden.

Vielleicht ist die Finanzentscheidung für die o.g. EU-Generalgarantie, aber wirklich nur verbunden mit einer richtigen Vormundschaft, die erste Entscheidung eines koordinierten „Europäischen Wirtschaftskabinetts“.

Und vielleicht der erste Schritt zu einer wirklichen politischen Union, die in Wirtschafts- und Finanzfragen, in der Verteidigung und der Außenpolitik nicht länger gegeneinander, sondern zusammen entscheidet und handelt.

Ihr Bernd Schiefer